

politischen Grundsatz des „Dem Volke und dem Sozialismus dienen“ zu folgen (Art.3). Es wird hervorgehoben, daß der Staat Vorführungen fördert, die „hervorragende nationale Kunst“ darbieten und sich an die Landbevölkerung sowie Kinder und Jugendliche richten (Art.4). Für Vorführungen künstlerischer Ensembles aus dem Ausland ebenso wie aus Hongkong, Macau und Taiwan ist eine offizielle Genehmigung erforderlich (Art.29). Ausdrücklich wird verfügt, daß alle Darsteller ihr Einkommen zu versteuern haben (Art.38). Gerade in diesem Sektor ist Steuerhinterziehung ein häufiges Delikt und schwer zu kontrollieren. Inhaltlich sind in etwa die gleichen Dinge verboten wie bei Funk- und Fernsehprogrammen (vgl. die vorhergehende Übersicht). -st-

13 Regelung von Bestattungen

Traditionell werden in China Erdbestattungen bevorzugt, wobei die Gräber auf dem Lande nach geomantischen Grundsätzen angelegt wurden und häufig gutes Ackerland in Anspruch genommen wurde. Gegen diese Sitte und die traditionell sehr aufwendigen Beisetzungsfeierlichkeiten begann die Kommunistische Partei Chinas gleich nach 1949 Stellung zu beziehen und Feuerbestattungen sowie einfache Trauerfeiern zu propagieren. Beides hat sich in den Städten weitgehend durchgesetzt, während man auf dem Lande weiterhin an den überkommenen Beisetzungsriten hing, so daß diese seit Beginn der Reformperiode eine Renaissance erlebten. Wie schwierig die offizielle Politik durchzusetzen ist, zeigt sich darin, daß der Staat in maoistischer Zeit davon Abstand nahm, diesbezüglich einheitliche nationale Vorschriften zu erlassen, sondern nur Empfehlungen aussprach. In den achtziger Jahren wurde das Problem wieder in Angriff genommen, doch wurden im Februar 1985 zunächst nur vorläufige Bestimmungen erlassen, damit auf deren Grundlage Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Erst jetzt wurden die vorläufigen Bestimmungen durch eine allgemein verbindliche Neuregelung abgelöst. Per Regierungserlaß vom 21. Juli 1997 wurden „Bestimmungen über die Kontrolle von Bestattungen“ (*Binzang guanli tiaoli*) verkündet, mit denen zum erstenmal eine nationale Regelung zustande gekommen ist. Ihr Zweck sind die schrittweise Einführung der

Feuerbestattung, die Reduzierung von Erdbestattungen, der sparsame Umgang mit der Ressource Boden, die Abschaffung schlechter Bestattungsbräuche und die Durchführung ziviliertester, sparsamer Bestattungen. Insbesondere die Vergeudung kostbaren Bodens sowie das unregelmäßige Anlegen von Grabstellen sind wichtige Motive. So ist es nunmehr verboten, Gräber an folgenden Stellen anzulegen:

- auf Acker- und Waldflächen;
- in städtischen Parks, berühmten Landschaften und Denkmalschutzgebieten;
- in der Nähe von Wasserreservoirs, Flußläufen und in Wasserschutzgebieten;
- beiderseits von Eisenbahnlinien und Landstraßen.

In dem Dokument ist ein Passus enthalten, in dem es heißt, daß die Bestattungsbräuche der Minderheitenvölker zu respektieren seien, d.h., hier sollen von offizieller Seite keine Vorschriften gemacht werden, um das empfindliche Verhältnis zwischen Hanchinesen und anderen Völkern nicht unnötig zu verschlechtern. Die neuen Bestimmungen wurden am 6. August in der *Volkszeitung* veröffentlicht und sind mit dem Tag der Veröffentlichung in Kraft getreten. Im Jahre 1996 wurden dem Ministerium für zivile Angelegenheiten zufolge in China 36 Prozent der Toten verbrannt (XNA, 6.8.97). -st-

Binnenwirtschaft

14 Nichtstaatliche Banken werden zu Erfolgsmodellen

Im zweiten Jahr nach ihrer Gründung rechnet die erste chinesische Privatbank, die China Minsheng Bank, mit Gewinnen in Höhe von rd. 300 Mio. US\$. Im Vergleich zu den Staatsbanken wird die Bank damit sehr erfolgreich abschneiden. Die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), eine der vier großen Staatsbanken, weist dagegen im 1. Halbjahr 1997 lediglich einen Gewinn von 70 Mio. US\$ aus. Die ICBC hat jedoch im Vergleich zur China Minsheng Bank Einlagen, die um das 160fache größer sind.

In der kurzen Zeit seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit hat die China

Minsheng Bank ihre Aktiva um das 8fache vergrößern können. Die wachsende Kundenzahl sowie die Tatsache, daß die Bank keine uneinbringlichen Kredite an marode Staatsunternehmen vergeben muß, haben zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Die Bank betont außerdem in ihrer Unternehmensstrategie einen guten Kundenservice, der sie positiv gegenüber anderen Banken abhebt. Außerdem bemüht sich die China Minsheng um schnellere Abwicklung von Aufträgen als andere Banken. So soll sie im Durchschnitt vier Tage schneller als die staatseigenen Banken den Transfer von Devisen abwickeln können.

Anfang 1996 begann die China Minsheng mit der Geschäftstätigkeit und erhielt im Juni 1996 eine Lizenz für Devisengeschäfte. Die Bank ist eine Aktiengesellschaft mit einem registrierten Kapital von 3 Mrd. RMB und wurde vom All-China Federation of Industry and Commerce gegründet, das ist der nichtstaatliche Dachverband der privaten Industrie- und Handelsunternehmen. Alle 59 Anteilseigner der Bank sind Mitglieder des Verbandes. Zu den Schwerpunkten der Bank zählen vor allem so gewinnbringende Geschäfte wie z.B. internationale Termingeschäfte und Devisengeschäfte. Zwar legt die Zentralbank offiziell die Zinssätze für Kredite und Spareinlagen fest, doch über den wachsenden Interbanken-Kreditmarkt hat die China Minsheng Bank relativ viel Spielraum für Geschäfte.

Um internationalen Standards im Bankengeschäft zu entsprechen, hat die China Minsheng Bank die international tätige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse verpflichtet. Das Engagement von Price Waterhouse erfolgte wohl auch mit Blick auf die Ankündigung der Weltbank, Anteile von 3-5% der Aktien zu kaufen. Allerdings muß die Bank mit diesem Anteilsverkauf bis zum Jahre 1999 warten, da die entsprechenden Bankbestimmungen einen Zeitraum von drei Jahren vorschreiben, bevor die Zusammensetzung der Anteilseigner verändert werden kann. (SCMP, 1.8.97)

Obwohl der Bankensektor für ausländische Finanzinstitute erst in begrenztem Maße geöffnet ist, weisen die Auslandsbanken nach offiziellen chinesischen Angaben für 1996 erhebliche Gewinnzuwächse aus. Gegenüber 1995 erhöhte sich der Nachsteuerertrag der ausländischen Banken um 31% auf 183 Mio. US\$. Allerdings

verteilen sich die Gewinne auf insgesamt 540 Repräsentanzen und 162 Niederlassungen, die bis Ende Juli 1997 in China gegründet wurden.

Die Aktiva der ausländischen Banken beliefen sich Ende 1996 auf 32,9 Mrd. US\$, das ist nur ein relativ geringer Zuwachs gegenüber 29,9 Mrd. US\$ im Jahre 1995. Im Vergleich zu den Aktiva der Inlandsbanken halten die Auslandsbanken mit 3,2% noch einen sehr kleinen Anteil. Die Auslandsbanken wiesen außerdem Kredite und Einlagen in Höhe von 23,08 Mrd. US\$ bzw. 3,99 Mrd. US\$ auf; hinsichtlich der Vermögenswerte in Fremdwährungen entfiel auf diese Banken ein Anteil von 14,2%. (NFA, 28.8.97)

In einem Beitrag der *Jinrong Shibao* vom 28.6.97 weist der stellvertretende Zentralbankpräsident Chen Yuan auf den wichtigen Beitrag der ausländischen Banken für die Reform des Finanzsektors hin. Nach Chen Yuan waren bis Ende 1996 ausländische Banken mit 527 Repräsentanzen sowie 156 Niederlassungen in China vertreten. Japanische Banken waren mit 29 Niederlassungen am stärksten vertreten, auf den folgenden Plätzen zwei und drei lagen Hongkong (25 Niederlassungen) und Frankreich (15 Niederlassungen). Die regionale Verteilung der Auslandsbanken zeigt, daß auf Shanghai mit 37 Niederlassungen der Hauptanteil entfiel, auf Rang zwei und drei lagen Shenzhen mit 24 und Guangzhou mit 13 Niederlassungen.

Chen Yuan wies nochmals auf die Strategie Chinas bei der Öffnung des Finanzsektors für ausländische Finanzinstitute hin:

- Hinsichtlich des Umfangs der Geschäftsfelder für ausländische Finanzinstitute bestehe die Regel, daß diese erst Repräsentanzen eröffnen und dann nach einer bestimmten Frist auch Niederlassungen gründen könnten.
- Hinsichtlich des Reformansatzes würden zunächst Experimente durchgeführt und dann diese bei Erfolg schrittweise landesweit verbreitet.
- Hinsichtlich der regionalen Öffnung des Bankensektors würden die Reformen zunächst in den Küstenregionen begonnen und dann schrittweise auf die Inlandsprovinzen ausgedehnt werden. Derzeit hätten insgesamt 24 Städte bzw. Gebiete mit Sonderstatus die Genehmigung erhalten,

Niederlassungen ausländischer Banken anzusiedeln.

- Hinsichtlich der Art der Geschäfte im Finanzsektor sei die Öffnung des Bankensektors schrittweise ausgedehnt worden auf Experimente zur Öffnung des Versicherungssektors etc.
- Hinsichtlich der Art der Bankgeschäfte hätten die ausländischen Finanzinstitute nunmehr ihre Geschäftsfelder in einem Pilotversuch auf Geschäfte mit der inländischen Währung ausweiten können.
- Hinsichtlich der Politik gegenüber ausländischen Finanzinstituten werde man zukünftig stärker die Gleichbehandlung bei den Steuern zwischen inländischen und ausländischen Instituten anstreben.

(*Jinrong Shibao*, Beijing, in Chinese, 28.6.97, in: SWB FE/W0500/CNS, 20.8.97) -schü-

15 Komitee für die Geldpolitik der Zentralbank gegründet

Anfang August d.J. hat der Staatsrat die Mitglieder für das neu gegründete Komitee für Geldpolitik der Zentralbank ernannt. Als Vorsitzender des Komitees wurde der Zentralbankpräsident Dai Xianglong ausgewählt; der stellvertretende Zentralbankpräsident Chen Yuan erhielt die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden. Als Komiteemitglieder wurden ernannt (XNA, 2.8.97):

- Shang Fulin (stellvertretender Zentralbankpräsident)
- Wang Chunzheng (stellvertretender Minister der Staatlichen Planungskommission)
- Chen Qingtai (stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission)
- Xie Xuren (stellvertretender Finanzminister)
- Zhou Xiaochuan (Direktor der Staatlichen Devisenverwaltung)
- Chen Yaoxian (stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Wertpapieraufsichtsbehörde)
- Liu Tinghuan (Präsident der Industrial and Commercial Bank of China)
- Shi Jiliang (Präsident der Agricultural Bank of China)
- Huang Da (ehemaliger Präsident der People's University)

Die Gründung des Komitees für Geldpolitik wurde bereits in dem Ge-

setz über die Chinesische Volksbank vom 18.3.1995 vorgeschrieben. Hier heißt es im §11 dazu: „Die Chinesische Volksbank richtet ein Komitee für Geldpolitik ein. Die Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Komitees für Geldpolitik werden vom Staatsrat festgelegt und dem Ständigen Ausschuß des NVK zu Protokoll gegeben.“ (siehe hierzu die Übersetzung von Fischer, D. in *China aktuell*, Juni 1995, S. 500-503).

Das neu gegründete Komitee für Geldpolitik wird beratende Funktion gegenüber der Zentralbank haben. In seiner ersten Sitzung im August wurden bereits eine Reihe von Vorschlägen zur aktuellen Geldpolitik, zur Überwachung des Finanzsektors, zu Finanzdienstleistungen etc. vorgelegt. Die Komiteemitglieder plädierten dafür, daß die derzeitige Politik des relativ knappen Geldes auch zukünftig fortgesetzt wird. Regelmäßige Sitzungen des Komitees sind im ersten Monat eines jeden Quartals vorgesehen. (XNA, 2.8.97)

Zentralbankpräsident Dai Xianglong erklärte auf einer Pressekonferenz Mitte August d.J. näher, was unter einer Politik des relativ knappen Geldes zu verstehen ist. So sei die Geldmenge M2 (Bargeld und Sichteinlagen) im letzten Jahr lediglich um 25,3% gestiegen; 1994 habe das Wachstum noch 34,4% ausgemacht. Bis Ende Juli d.J. verzeichnete die Geldmenge eine Zunahme von 18,1%. (XNA, 15.8.97)

Dai zufolge hat die Kreditvergabe in diesem Jahr im wesentlichen die Erfordernisse der wachsenden Wirtschaft befriedigen können. Die offenstehenden Kredite der Finanzinstitute beliefen sich Ende Juli d.J. auf 6.870 Mrd. Yuan, das sind 450,3 Mrd. Yuan mehr als zu Beginn des Jahres. Im Vergleich zur Vorjahresperiode stellt dies jedoch einen Rückgang der Wachstumsrate von 15,6 Mrd. Yuan dar.

Von den neuen Krediten bis Juli d.J. entfielen auf die Staatsunternehmen 287,8 Mrd. Yuan, das waren 24,6 Mrd. Yuan weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das gesamte Volumen der Einlagen belief sich bis Ende Juli 1997 auf 7.610 Mrd. Yuan. Die Einlagen der Unternehmen machten 2.573,3 Mrd. Yuan aus und stiegen damit im Vergleich zur Vorjahresperiode um 26,6%. Diese Entwicklung wird von Dai als Indikator für die verbesserte Zahlungsfähigkeit der Unternehmen bewertet. (XNA, 15.8.97)

Als größte Probleme im Bankensektor nannte Dai u.a., daß die Staatsbanken weiterhin mit hohen überfälligen Krediten und sinkenden Zinseinnahmen zu kämpfen hätten, die aus der hohen Verschuldung der staatseigenen Unternehmen, ihren zunehmenden Verlusten sowie schlechtem Management in den Banken resultierten. Die großen Staatsbanken wiesen deshalb Ende Juni d.J. ein Volumen von entgangenen Zinseinnahmen für nicht zurückgezahlte Kredite in Höhe von 143,1 Mrd. Yuan auf. Verglichen mit dem Beginn des Jahres 1997 stiegen die entgangenen Zinseinnahmen um 24,6 Mrd. Yuan.

Dai forderte hinsichtlich der Weiterführung der Politik des relativ knappen Geldes, daß die Kontrolle über das Kreditwachstum weiterhin notwendig sei; die staatlichen Banken müßten ihr Kreditportfolio überwachen und ihr Liquiditätsmanagement verbessern. Nur für effiziente Infrastrukturprojekte, bei denen die Rückzahlung der Kredite und Kreditzinsen gewährleistet seien, könnten die Kredite aufgestockt werden. Hinsichtlich der uneinbringlichen Kredite der Staatsunternehmen sollen die Banken Maßnahmen entsprechend der bestehenden Regeln mit dem Ziel durchführen, die Fusionen von Unternehmen zu fördern und Hilfestellung bei Konkursen und bei der Neubeschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte zu geben. (XNA, 15.8.97) -schü-

16 Regierung fördert Unternehmensfusionen und Bildung von Kapitalgesellschaften

In einem Kommentar in der *Renmin Ribao* von Ende August d.J. wird darauf hingewiesen, daß die KPCh nach vielen Jahren der Experimente zu einem Konsens über die Richtung, die politischen Maßnahmen und den richtigen Weg zur Reform der Staatsunternehmen gekommen sei. So habe die Partei zu dem Schluß kommen müssen, daß es unrealistisch sei, Hunderttausende von Staatsunternehmen neu beleben zu wollen. Das neue Verständnis zur Reform der staatseigenen Unternehmen liege darin, die Unternehmen mit konkurrenzfähigen Operationsmechanismen auszustatten. Unternehmen, die dem Wettbewerb nicht standhalten, werde erlaubt, Konkurs anzumelden und erfolgreichen Unternehmen

gestattet, Verlustunternehmen zu kaufen. (XNA, 26.8.97)

Zu den zentralen Maßnahmen bei der Umstrukturierung der Staatsunternehmen zählt die Fusionierung von Unternehmen. Diese wird von der Zentralregierung durch Kredite und andere Anreize aus verschiedenen Gründen gefördert. Folgende Ziele stehen dabei im Vordergrund:

1. Durch die Zusammenlegung von maroden mit gewinnbringenden Unternehmen soll die Arbeitslosigkeit bei der Umstrukturierung beschränkt werden, da die erfolgreichen Unternehmen nicht nur für die Schulden, sondern auch für die Beschäftigten der maroden Unternehmen verantwortlich sind.
2. Die durch Fusionen gebildeten Konzerne sollen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern im Inland und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein.
3. Fusionen werden von der Regierung als ein Instrument angesehen, um die Fragmentierung der Anbieter und die Duplizität von Industriestrukturen in den Provinzen zu korrigieren.

Die mit dem Zusammenschluß von Unternehmen entstehenden Konzerne könnten zu einer Machtverschiebung in der Wirtschaft führen, da die Lokalbehörden die aufgekauften Unternehmen aus der direkten Kontrolle entlassen müssen und nur für die Frage der Zahlung von Steuern und für die Sicherung der Beschäftigung zuständig sind. Allerdings erfolgten die meisten Aufkäufe von Unternehmen nicht über den Markt, sondern durch staatlich genehmigte Holdingunternehmen. Diese erhalten besondere Privilegien beim Kreditzugang für den Kauf anderer Unternehmen, müssen jedoch dafür oftmals von den Behörden ausgewählte Unternehmen übernehmen. In diesem Jahr wird mit rd. 1.100 Fusionen gerechnet, das wären rd. ein Drittel mehr als 1996. (AWSJ, 31.7.97)

Ein Beispiel für Fusionen ist der Kauf von rd. einem halben Dutzend Bierbrauereien durch die Yellow River Group (Stadt Lanzhou, Provinz Gansu) im Verlauf der letzten zwei Jahre. Damit wurde die Yellow River Group die größte Brauerei der Region. Ein anderes Beispiel ist die Übernahme von drei Herstellern von Fernsehgeräten durch die HiSense Group in Qingdao, Provinz Shandong. Nach der Fusion hat das Unter-

nehmen seine jährliche Produktionskapazität um 50% auf 1,5 Mio. Stück erhöht.

Bei manchen Fusionen können trotz der offiziellen Politik, die keine Entlassungen erlaubt, nicht alle Arbeitskräfte des aufgekauften Unternehmens beschäftigt werden. Am Beispiel der Übernahme der Zibo Television Factory durch HiSense, wird der pragmatische Umgang mit der politischen Vorgabe in der Praxis deutlich. Die Stadt Zibo, die Eigentümerin der Fabrik war, teilte das marode Unternehmen in zwei Hälften auf. Der eine Teil des alten Unternehmens wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und für 1,9 Mio. US\$ an HiSense verkauft. Der zweite Teil wurde als ein Firmenmantel („shell-company“) beibehalten, unter den die ursprünglichen Arbeitskräfte gesammelt wurden. Während HiSense die Hälfte der Beschäftigten zu einem Mindestlohn von 50 US\$ pro Monat im neuen Unternehmen anstellte, „arbeiten“ die restlichen Beschäftigten für die Briefkastenfirma. Tatsächlich sind die Arbeitskräfte zu Hause und erhalten monatlich 25 US\$ als „Monatslohn“. Offiziell wurde keiner der Beschäftigten entlassen. Nach der Übernahme mußte die Fabrik mit Hilfe neuer Produktionsanlagen auf die Herstellung von Fernsehgeräten mit größeren Bildschirmen umgerüstet werden, inzwischen hat das Unternehmen wieder die Produktion aufgenommen. (AWSJ, 31.7.97)

Im August d.J. erfolgte eine Reihe von spektakulären Unternehmenszusammenschlüssen. So haben beispielsweise vier der größten petrochemischen Unternehmen fusioniert. Bei der Fusion hat die Yizheng Chemical Fibre ihre drei größten Zulieferer (Yangzi Petrochemical, Jinling Petrochemical und Nanjing Chemical Industrial Group) aufgekauft. Nach der Fusion wird das Gesamtunternehmen eine Beschäftigtenzahl von rd. 100.000 Arbeitskräften haben und Umsatzerlöse von rd. 4,2 Mrd. US\$ aufweisen. (IHT, 21.8.97)

Regional gesehen, konzentrieren sich die meisten Fusionen auf die Ostküstenprovinzen, insbesondere auf Shanghai, Jiangsu, Zhejiang, Shandong u.a. (XNA, 16.8.97)

Die staatlich geförderte Fusion von Unternehmen ist aus beschäftigungspolitischen Gründen zwar verständlich, doch stößt die Politik auch auf den Widerstand von Unternehmen, die zwar ihre Macht ausdehnen wollen, doch wie ein Manager von

Changhong (Chinas größter Hersteller von Fernsehgeräten in der Provinz Sichuan) in einem Interview mit der *Financial Times* Mitte August d.J. betonte, sei sein Verständnis der Umstrukturierung der Staatsbetriebe zwar, daß die großen Fische die kleinen fressen könnten und die schnellen Fische die langsamen, doch daß sich sein Unternehmen keine toten Fische einverleiben wolle. (FT, 14.8.97)

Als weitere zentrale Maßnahme zur Reform der Staatsunternehmen wird die Umstrukturierung der Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften von der Regierung gefördert. Das Ziel ist hierbei, durch Definieren der Eigentumsrechte eine Trennung von Eigentum und Management herbeizuführen und die Unternehmen aus der Umklammerung der Lokalbehörden zu lösen. Durch den Schutz „ihrer“ Unternehmen vor der Konkurrenz anderer Regionen haben die Lokalbehörden oftmals die mangelnde Konkurrenzfähigkeit von Staatsunternehmen überdeckt.

Die Beispiele erfolgreicher Unternehmen machen deutlich, daß der Grad der wirtschaftlichen Autonomie sowie die Konkurrenzsituation von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Unternehmen ist. Unternehmen wie beispielsweise Guangdong Kelon, einer der größten Hersteller von Kühlschränken, wurde als gemeindegeleitetes Unternehmen nur sehr lose von den Lokalbehörden kontrolliert. Ein anderes Beispiel ist das oben bereits erwähnte Sichuaner Unternehmen Changhong, das sich von den ehemals engen Bindungen zum Militär unabhängig machen konnte. Mit Blick auf die sehr wettbewerbsfähigen chinesischen Unternehmen in einer Reihe von Konsumgüterbranchen, insbesondere bei Haushaltsgeräten, wird die besondere Bedeutung offener Märkte für die Konkurrenzfähigkeit chinesischer Unternehmen deutlich. (FT, 14.8.97)

Bis Ende 1996 wurden rd. 9.200 Kapitalgesellschaften gegründet, die meisten davon sind neu gegründete und umstrukturierte Staatsbetriebe. 530 Unternehmen notierten zu diesem Zeitpunkt an der Börse und konnten sich auf diese Weise notwendiges Kapital für ihre Modernisierung beschaffen. Untersuchungen zeigen außerdem, daß durch die neue rechtliche Struktur, die eine Bewertung der Vermögenswerte notwendig macht, Fusionen, Akquisitionen und Konkurse besser abgewickelt werden konnten. Die Frage, ob es bei den

öffentlich angebotenen Kapitalanteilen um eine Privatisierung handelt, wurde vor kurzem von der Regierung jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Staat in mehr als 70% der börsennotierten Unternehmen noch über die Kapitalmehrheit verfügt. (*China aktuell*, Mai 1997, S. 419 ff)

Statistiken der Staatlichen Kommission für die Umstrukturierung der Wirtschaft zeigen, daß die 100 staatseigenen Unternehmen, die 1994 in einer Experimentierphase für die Umwandlung in Kapitalgesellschaften ausgewählt worden waren, ihre Aktiva seitdem um 27,6% erhöhen konnten. (XNA, 18.8.97) Der Erfolg der in Kapitalgesellschaften umgewandelten Staatsunternehmen wird wohl dazu führen, daß zukünftig die Umstrukturierung der Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften schneller vor sich gehen wird.

Die Frage, wie der staatliche Sektor am besten reformiert werden kann, hat lange Zeit als ein unüberwindbarer Graben zwischen den Vertretern einer eher liberalen marktwirtschaftlich orientierten Reform und konservativen Vertretern in der Parteiführung gestanden. (IHT, 19.8.97) Die geringe Wirksamkeit vieler Reformmaßnahmen und die hohen Verluste staatlichen Vermögens durch illegale Methoden der Privatisierung zwingen jedoch dazu, das Thema Privatisierung bzw. quasi-Privatisierung erneut zu diskutieren. -schü-

17 Shanghais Kooperation mit anderen Provinzen

Nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur wirkt sich die wachsende ökonomische Zusammenarbeit zwischen Shanghai und anderen Regionen Chinas als positiver Anreiz für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropole aus.

Insgesamt wird von 3.475 Unternehmen aus Shanghai berichtet, die 10,6 Mrd. Yuan in anderen Provinzen investiert haben. Im Gegenzug haben sich aus verschiedenen Provinzen 10.279 Unternehmen in Shanghai niedergelassen, die ein Kapital in Höhe von 24,5 Mrd. Yuan in verschiedene Wirtschaftsbereiche der Stadt investiert haben. Aus dem Shanghaier Industriesektor flossen rd. 2 Mrd. Yuan in 50 inter-provinzbezogene Projekte. Mit über 80% entfiel der Hauptanteil dieser Investitionen auf die Yangzi-Region und auf Provinzen im Westen.

Zu den Kooperationen zählen gemeinsame Projekte in der Industrie, im Handel, Finanzsektor, Technologie, Landwirtschaft, Bildung und im Gesundheitswesen. Die Zusammenarbeit bei Agrarprojekten wirkte sich positiv auf die Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten aus.

Derzeit plant die Shanghaier Regierung, die Kooperation mit großen Unternehmen aus der Inlandsregion in den Bereichen Investitionen und Absatz zu verstärken, um damit die wirtschaftliche Entwicklung Shanghais und der Kooperationspartner zu stärken. (XNA, 1.8.97)

Shanghai hat auch als wirtschaftlich relativ gut entwickelte Metropole die Verpflichtung, ärmere Gebiete in China zu fördern. Im Rahmen des Fünfjahresplanes zur Hilfe für die Armen in Südwestchina hat Shanghai die Provinz Yunnan als Partnerprovinz zu unterstützen. Hierfür gründete die KP Shanghai sowie die Shanghaier Stadtregierung eine Führungsgruppe für die Förderung der Armen und arbeitete im letzten September einen Plan aus.

Die finanzielle Unterstützung und Materialhilfe für Yunnan wird von 12 Sektoren der Stadt geleistet werden, insbesondere aus den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Gesundheit und Tourismus. Insgesamt sind in der Planung 107 Einzelprogramme zur Hilfe für die Armen aufgeführt, die Finanzmittel in Höhe von 732 Mio. Yuan erforderlich machen.

Zu den in Angriff genommenen Projekten zählt beispielsweise der Bau von 105 Grundschulen in Yunnan, hierdurch konnten 12.500 Schulabbrecher wieder die Schule besuchen. Außerdem wurde der Bau von Zuckerrohrfabriken gefördert. Weiterhin hat die Shanghaier Bildungskommission mit den entsprechenden Vertretern in der Provinz Yunnan 260 Vereinbarungen zur Ausbildung von 2.000 lokalen Lehrern unterzeichnet. Darüber hinaus entsandte die Gesundheitsabteilung der Shanghaier Regierung Medizinergruppen nach Yunnan und stellte rd. 1,14 Mio. Yuan für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in 20 armen Kreisen und Dörfern der Provinz Yunnan bereit. (XNA, 13.8.97) -schü-